

# Wochenblatt

für Pulsnik, Königsbrück, Radeberg, Radeburg, Moritzburg und Umgegend.

Erscheint:  
Mittwochs und Sonnabends  
früh 8 Uhr.

Abonnementpreis:  
Bierteljährlich 1 1/2 Mark.

Inserate  
werden mit 10 Pfennigen für den  
Raum einer gespaltenen Corpus-  
Seite berechnet u. sind bis spätestens  
Dienstags und Freitag Vormittags  
9 Uhr hier aufzugeben.

Amtsblatt der Königlichen Gerichtsbehörden und der  
städtischen Behörden zu Pulsnik und Königsbrück.

Dreißigster Jahrgang.

Buchdruckerei von Ernst Ludwig Förster in Pulsnik.

Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Paul Weber in Pulsnik.

Geschäftsstellen

für

Königsbrück: bei Herrn Kaufmann  
R. Fischerich. Dresden: Annoncen-  
Bureau's Haafenstein & Vogler, In-  
validentendank, W. Saalbach. Leipzig:  
Adolph Hoffe, Haafenstein  
& Vogler. Berlin:  
Centralannoncenbureau für  
sä m t l i c h e deutsche Zeitungen.

Auswärtige Annoncen-Aufträge

von uns unbekanntem Firmen und Personen nehmen wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postzahlung auf. Anonyme Annoncen, oder solche, welche Beleidigungen enthalten, werden keinesfalls aufgenommen, mag der Betrag beliebig oder nicht.

Exped. des Amtsblattes.

Sonnabend.

N<sup>o</sup> 16.

23. Februar 1878.

Von dem unterzeichneten Königlichen Gerichtsamt soll auf Requisition des Königlichen Gerichtsamts Rostwein  
den 24. April 1878

das dem Hausbesitzer Franz Louis Schmidt hierorts zugehörige Haus- und Feldgrundstück Nr. 226B des Katasters Nr. 1509 des Grund- und Hypothekenbuchs für Pulsnik, welches Grundstück am 31. Januar 1878 ohne Berücksichtigung der Oblasten auf

5700 M. — gewürdet worden ist, notwendiger Weise versteigert werden, was unter Bezugnahme auf den an hiesiger Gerichtsstelle aushängenden Anschlag hierdurch bekannt gemacht wird.

Pulsnik, am 14. Februar 1878.

Das Königliche Gerichtsamt daselbst.

## Bekanntmachung.

Nachdem die Anstellung des hiesigen Communal-Armen- u. Anlage-Catasters, sowie Schanksteuer-Verzeichnisses auf das Jahr 1878 erfolgt ist, wird vom 23. Februar bis zum 9. März c. die Höhe des betreffenden Anlagelages an Rathsexpeditionsstelle jedem Betheiligten auf Verlangen mitgeteilt werden und sind etwaige Reclamationen bis spätestens den 11. März c. schriftlich bei uns einzureichen.  
Königsbrück, den 20. Februar 1878.

Der Stadtrath.  
A. Peter, Bürgermeister.

## Die Orient-Interpellation.

Berlin, 20. Februar. Die „V. B.-Z.“ schreibt hierüber Folgendes: Noch nie, so lange das deutsche Reich besteht, ist eine Sitzung des Reichstags mit so gewaltiger, feberhafter Spannung erwartet worden, wie die gestrige. Die Sitze der Volksvertreter, oft so spärlich besetzt, zeigten rechts wie links kaum eine Lücke und die Tribünen waren bis zum letzten Plätzchen angefüllt von den Glücklichen, denen unter Tausenden von Bewerbern eine Karte zugefallen. In beinahe feierlicher Stille harrete man dem großen Momente entgegen. Jedermann fühlte es, daß, diesmal ohne Uebertreibung, die Augen der ganzen civilisirten Welt in dieser Stunde auf den Saal in der Leipzigerstraße gerichtet waren. Und die Erwartungen stellten nicht — wie noch im letzten Augenblicke befürchtet wurde — getäuscht werden. Die Aufführung war eine würdige, eine großartige.

Als bald nach Beginn der Sitzung kam die „große“ Interpellation zur Verhandlung. Man mag im Uebrigen kein Bewunderer des Herrn v. Bennigsen sein, aber das muß man zugestehen, für die Hauptrolle in einer bedeutenden parlamentarischen Aktion ist er durch das Imposante seiner Persönlichkeit, durch die knappe Würde seiner Beredtsamkeit, die an gesprochenen Proklamationen erinnert, geschafften, wie kaum ein Anderer. Gestern übertraf er sich selber; er sprach halb als Abgeordneter, halb als Minister, jedenfalls in dem vollen Bewußtsein, in der vorliegenden Frage die Gesinnung der mächtigsten Nation des Kontinents zu vertreten. In der That gelang es ihm, durch Inhalt und Form die große Majorität des Reichstags zu befriedigen und selbst den Beifall der Linken zu gewinnen. In maßvoller, aber zugleich energischer Weise gab er den beiden Gedanken Ausdruck, welche das deutsche Volk den orientalischen Vorgängen gegenüber erfüllen: das Streben nach Frieden, aber zugleich das Aufrechterhalten der deutschen Interessen, welche von denen Oesterreichs untrennbar sind. Es entsprach durchaus der wahren Sachlage, wenn seine Rede sich eindringlich gegen die jüngsten Uebergriffe Rußlands wandte und dieser Gefahr gegenüber an die mächtige Vertrauensstellung Deutschlands und seines Reichskanzlers mahnte.

Und nun nahm Vetterer das Wort zu einer ausführlichen hochinteressanten Beantwortung, die er durch seine Erwiderung auf die spätere Rede des Abgeordneten Windthorst-Meppen noch wesentlich ergänzte. Zuerst stellte sich Fürst Bismarck ganz auf den strikten Standpunkt der deutschen Interessen und suchte nachzuweisen, daß dieselben durch die russisch-türkischen Friedenspräliminarien nicht so wesentlich berührt würden, um die freundschaftlichen Beziehungen zu dem Nachbarlande zu gefährden. Die Hauptsache für Deutschland, die freie Schifffahrt auf der Donau und dem Schwarzen Meere, sei gesichert. Rußland habe sich seit einem Jahrhundert und besonders

1870—71 als Preußens und Deutschlands Freund bewiesen und es sei nicht rathsam, solche Freundschaft ohne Noth aufs Spiel zu setzen. Er sei überzeugt, daß Rußland auf der Konferenz im eigenen Interesse die möglichsten Konzessionen machen werde, daß auch die anderen Mächte den Frieden wünschen und daß gerade das freundschaftliche Verhältnis Deutschlands zu allen Mächten unsere Vermittlerrolle begünstige. Die Schiedsrichterrolle dagegen, welche einige Preßorgane dem Reiche angefochten, müsse er entschieden zurückweisen; es sei nicht gut, den Schulmeister oder Policeman von Europa spielen zu wollen.

So weit schien der Reichskanzler die Spitze, die in der Rede des befreundeten v. Bennigsen offenbar gegen Rußland gerichtet war, möglichst abstopfen zu wollen, allein schon an einigen Stellen der ersten, mehr noch in der zweiten Rede, war doch auch beim Fürsten Bismarck eine gewisse Bestimmung gegen Rußland nicht zu überhören. So besonders in der Hervorhebung, daß die Reichsregierung erst wenige Stunden vor der Sitzung die Friedenspräliminarien aus Petersburg erhalten, und noch mehr in dem Gegensatz zu der überaus warmen Schilderung des unbedingten gegenseitigen Vertrauens, das zwischen Deutschland und Oesterreich, deren Monarchen und leitenden Ministern herrsche. Auch die Erinnerung daran, daß Kaiser Nikolaus die Schmach von Olmütz über Preußen gebracht, war wohl nicht ganz zufällig. Daß der Reichskanzler die „deutsche Karte“ bei den Unterhandlungen nicht offen zeigen könne, erklärte und motivierte er sehr eindringlich — und danach ist eben die ganze Rede zu beurtheilen. Fürst Bismarck hat selbstverständlich nur das ausgesprochen, was er auch für die Ohren der auswärtigen Mächte geeignet hielt. Die Diplomaten werden manchen schätzbaren Wink daraus entnommen haben.

Trotz des großen Beifalls, den die Ausführungen des Reichskanzlers fanden, konnte der Reichstag auf eine Besprechung der Interpellation nicht verzichten. Die Vertreter sämtlicher Fraktionen — selbst die Polen fehlten diesmal nicht — beteiligten sich mit mehr oder weniger Glück an dieser ersten großen „auswärtigen“ Debatte des Reichstags. Daß der Sprecher der Fortschrittspartei, Dr. Hänel, den Reigen eröffnete, war nur in der Ordnung, denn die Fortschrittspartei hat bekanntlich die Interpellation zuerst beschlossen, und zwar aus eigenem Antrieb, wie wir gegenüber den geschilderten verbreiteten Gerüchten von „bestellter Arbeit“ nachdrücklich betonen. Der Abg. Hänel konstatierte zunächst die wichtigsten Aeußerungen des Reichskanzlers, denen er im Wesentlichen zustimmte. Zugleich aber erinnerte er mit Recht an die Aufgabe, einen dauernden Frieden auf der Balkanhalbinsel herzustellen und darum ganze Arbeit zu machen, d. h. die christlichen Provinzen als unabhängige Staaten — auch gegen Rußland unabhängig! — zu konstituieren und dabei der griechischen Nationalität nicht

zu vergessen. Daß Windthorst (Meppen), v. Komierowski und Liebknecht die „russienfeindliche“ Politik des Reichskanzlers, der Erste mit Nadelstichen, die Letzteren mit Keulenschlägen angriffen, ist wohl selbstverständlich.

An dieser Stelle erübrigt nur, unter dem freischen Eindruck dieser denkwürdigen Sitzung deren Hauptergebnisse zusammenzufassen. Vor allem, und ganz abgesehen von dem nächsten Ergebnis, ist es nicht hoch genug anzuschlagen, daß der deutsche Reichstag sein gutes Recht, auch über die auswärtige Politik zu interpellieren und mitzureden, endlich zur Ausführung gebracht hat. Jetzt, wo die Hülfe geprengt ist, wird und muß dieser Keim parlamentarischen Wirkens sich mehr und mehr entwickeln, bis aus dem bloßen „Mitreden“ der maßgebende Einfluß wird, der den Vertretern eines großen und gebildeten Volkes auch in den Fragen der äußeren Politik geziemt. Inhaltlich aber hat die gestrige Interpellation, wie uns scheint, zwei hoch bedeutsame und erfreuliche Resultate ergeben. Erstens, daß der anerkannt erste Diplomat Europas die Einigung der Mächte auf der nunmehr gesicherten Konferenz für sehr wahrscheinlich hält und den mächtigen Einfluß Deutschlands für die Beschleunigung des Friedenswerkes einsetzen wird. Und zweitens — was uns noch höher steht, als der augenblickliche Friede — daß es ein Irrthum ist, Deutschland im engsten Bündniß mit Rußland gegen das übrige Europa zu glauben; daß unser Reich v. elmehr in der orientalischen Frage wesentlich auf Seiten Oesterreichs und Englands steht und keineswegs dazu beitragen wird, die slavische Uebermacht zu begünstigen. Die Orient-Interpellation vom 19. Februar bedeutet den einmüthigen Protest von Deutschlands Volk und Regierung gegen die drohenden Uebergriffe Rußlands!

## Vom Frieden und Krieg.

Wien, 18. Feb., Abds. „Polit. Corr.“ wird aus Bukarest vom heutigen Tage gemeldet: Großfürst Nikolaus hat seinen Flügel-Adjutanten, Fürsten Obolensky, zu dem Fürsten von Rumänien gesandt, um demselben die Friedenspräliminarien mitzutheilen und eine Verständigung über verschiedene auf die Waffenstillstandsbedingungen bezügliche Fragen herbeizuführen. — Die rumänische Regierung bereitet ein Memorandum an die Mächte vor Betreffs der Anerkennung der Unabhängigkeit Rumäniens. — Aus Athen, 18. d., wird der „Pol. Corr.“ telegraphirt, die Insurrection gewinne an Ausdehnung; in Eperes hätten blutige Gefechte stattgefunden.

Wien, 19. Feb. Der „Pol. Corr.“ wird aus Bukarest gemeldet: Die Räumung Rustschuks durch die Türken ist in vollem Zuge; die auswärtigen Consuln kehren dorthin zurück. Der österreichische Generalkonsul Montlong wird heute hier erwartet. Die Uebergabe von Wididin